

LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN,

es ist wieder mal so weit: Eine unheilige Allianz aus Ministerpräsidenten, Innenministern, Finanzministern und anderen Polizeiverantwortlichen hat am 11. Juli 2003 im Bundesrat der „Öffnungsklausel bei der Beamtenbesoldung“ grünes Licht gegeben. Weitere soziale Verschlechterungen für alle Polizeibeschäftigten werden angedroht. Dem setzen wir die Rote Karte entgegen, denn was

das für die Polizeibeschäftigten bedeutet, ist mehr als die (Gewerkschaft der) Polizei erlaubt!

Der im Bund und von Land zu Land unterschiedlich gestrickte Katalog an Streichungen, Kürzungen und Verschlechterungen ist nicht nur für die Praxis der Polizeiarbeit hinderlich und ungerecht, er ist ein Rückfall in Zeiten feudalistischer Kleinstaaterei. Deutschland braucht aber das genaue Gegenteil: Eine einheitliche, gerechte und dem gefahrgeneigten Beruf des Polizeibeamten angemessene Bewertung und eine gerechte Bezahlung für alle Polizeibeschäftigten.

Deswegen sind wir zum Handeln aufgefordert. Darum, liebe Kolleginnen und Kollegen, unterstützt die Initiative der GdP und zeigt den Landesherren jetzt die Rote Karte!

Über gemeinschaftliche Aktionen werdet Ihr rechtzeitig informiert.



Konrad Freilberg, Vorsitzender der GdP



Eine Initiative der
Gewerkschaft der Polizei

Die GdP fordert:

Fortzahlung des Urlaubsgeldes als fester Bestandteil des Jahreseinkommens.

Keine Reduzierung des Weihnachtsgeldes als Anerkennung für die Ausübung eines besonders gefährlichen und anstrengenden Berufs.

Keine Verlängerung, sondern eine Verringerung der wöchentlichen Arbeitszeit sowie ein geregelter Abbau der Überstundenleistung.

Kein Hinausschieben des Pensions- und Renteneintrittsalters.

Bundeseinheitliche Besoldung der Polizeibeamtinnen und -beamten.

Kein Personalabbau in der Polizei.

Bessere Ausrüstung der Polizei-Einsatzkräfte.

DEUTSCHLANDS REGIERUNGS-CHEFS SEHEN ROT:

DIE ROTE KARTE!



Eine Initiative der
Gewerkschaft der Polizei

Die „Öffnungsklausel bei der Beamtenbesoldung“ ist der Einstieg in den Ausstieg aus der inneren Sicherheit! Den Polizeibeamtinnen und -beamten in ganz Deutschland droht:

- Statt bundeseinheitlicher Erneuerung des Beamtenrechts – Rückfall in die Kleinstaaterei.
- Statt finanzieller Anerkennung der gefahrgeneigten Polizeiarbeit – massive Einschnitte bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

- Statt familiengerechter Dienstzeitregelung – Verlängerung der Wochenarbeitszeit und Hinausschiebung der Pensions- und Rentenaltersgrenze.
- Statt aufgabengerechter Ausstattung – nur unzureichende Ausrüstung für die Polizei.
- Statt gerechter Bezahlung für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten in der Polizei – Sozialabbau.

Dafür gibt es jetzt die Rote Karte!

